

Herr Minister
Alexander Dobrindt
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140

10557 Berlin

Lauterbourg, den 08.07.2025

Sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

der Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Eurodistrikt PAMINA ist ein Zusammenschluss von 19 Gebietskörperschaften und Planungsverbänden aus der Südpfalz, Baden und dem Nordelsass. Sein Gebiet deckt eine Fläche von rund 6.500 km² ab und beherbergt fast 1,7 Millionen Menschen, von denen ca. 14.000 täglich die Grenze überqueren, um im Nachbarland zu arbeiten. Hinzu kommen zahlreiche wirtschaftliche und soziokulturelle Beziehungen, welche den Eurodistrikt PAMINA zu einem gelebten, grenzüberschreitenden Verflechtungsraum machen. Umso intensiver waren hier die negativen Auswirkungen der Grenzschließungen während der COVID-Pandemie zu spüren: Familien wurden getrennt, Arbeitnehmer konnten ihren Arbeitsplatz nicht mehr erreichen, medizinische Behandlungen im Nachbarland mussten abgebrochen werden etc.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir mit Sorge, dass sich die deutsche Bundesregierung am 7. Mai 2025 dazu entschieden hat, die vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an allen Landgrenzen zu intensivieren und die Zurückweisungspraxis anzupassen. Bei vollstem Verständnis für das Bestreben die illegale Migration und grenzüberschreitende Schleuseraktivitäten einzudämmen, stellen wir fest, dass vielerorts lediglich der Alltag der Bevölkerung sowie der Unternehmen in der Grenzregion erschwert wird.

Dies steht im Widerspruch zum erst am 24. Mai 2024 vom Europäischen Rat verabschiedeten neuen Schengener Grenzkodex.

Darin heißt es nicht nur, „wenn an den Binnengrenzen Grenzkontrollen wiedereingeführt werden, [...], hat dies schwerwiegende Auswirkungen auf das Funktionieren des Schengen-Raums und das Recht auf Freizügigkeit.“, sondern auch, „insbesondere sollten Maßnahmen festgelegt werden, die das kontinuierliche Funktionieren des Binnenmarkts sicherstellen und die Interessen der grenzüberschreitenden Regionen und der Partnerstädte schützen, wie etwa Genehmigungen oder Ausnahmeregelungen für die Einwohner der grenzüberschreitenden Regionen.“

Wir rufen in Erinnerung, dass die Europäische Union 40 Landbinnengrenzen umfasst, wobei die angrenzenden Regionen etwa ein Drittel der Bevölkerung und des BIP der EU ausmachen. Sollten sich weitere Mitgliedsstaaten dem Vorgehen der Bundesrepublik Deutschland anschließen, ist mit spürbaren sozioökonomischen Auswirkungen negativer Art zu rechnen.

An dieser Stelle verweisen wir ebenfalls auf die Resolution des Oberrheinrates vom 6. Dezember 2024 (Grenzkontrollen: Der Oberrhein ist auf durchlässige Grenzen angewiesen) sowie die vom EVTZ Eurodistrikt PAMINA miterarbeitete Resolution der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen vom 24. Oktober 2024 (Resolution über den Einsatz von Grenzkontrollen als letztes Mittel innerhalb der Europäischen Union), welche beide die spezifische Situation von Grenzregionen unterstreichen.

Darüber hinaus möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass die Bundespolizei bereits jetzt an Kapazitäts- und Belastungsgrenzen stößt, was dazu führt, dass lediglich an großen Grenzübergängen systematische Kontrollen erfolgen können. Aufgrund mangelnder Kommunikation und Koordination mit den französischen Behörden kommt es zudem zu der Situation, dass abgewiesene Personen nicht übergeben werden, sondern unerkannt in Frankreich bleiben. Diese Personen können in der Praxis in unmittelbarer Nähe einen „unbewachten“ Grenzübergang passieren und in die Bundesrepublik einreisen. Hier stellen wir uns die Frage der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen. Gleiches gilt für Zurückweisungen von EU-Bürgern, insbesondere hier wohnhafte Franzosen, welche ihren Personalausweis vergessen haben oder deren Pass abgelaufen ist.

Wir stellen in diesem Rahmen einen wachsenden Unmut in der Bevölkerung und unter den Lokalpolitikern fest, die sich zunehmend mit Herausforderungen und Konfliktsituationen konfrontiert sehen, für die sie keine Verantwortung tragen, welche sie jedoch lösen müssen. Ebenso nehmen wir verstärkt populistische Diskurse in der Presse sowie den sozialen Medien wahr, die durch die intensivierten Grenzkontrollen befeuert werden. Dies destabilisiert die über viele Jahre aufgebaute grenzüberschreitende Zusammenarbeit und stärkt antieuropäische Kräfte in beiden Ländern.

Im Kontext des Vertrags von Aachen sowie im Jahr des 40. Schengen-Jubiläums trägt die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Frankreich und die Menschen sowie Unternehmen in den Grenzregionen. Als Vertreter des EVTZ Eurodistrikt PAMINA bitten wir Sie deshalb darum, eine Kontrollpraxis einzuführen, die die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands schützt und zeitgleich die besonderen Gegebenheiten von stark integrierten grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen berücksichtigt. Das aktuelle Vorgehen an den Binnengrenzen zu Frankreich ist nicht zielführend und kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Seefeldt
Präsident
Landrat
Kreis Südliche Weinstraße

Victor Vogt
Vize-Präsident
Conseiller d'Alsace

Dr. Christoph Schnaudigel
Vize-Präsident
Landrat
Landkreis Karlsruhe

Schreiben ergeht in Kopie an:

- Mitglieder des EVTZ Eurodistrikt PAMINA
- MdB und MdEP aus dem Eurodistrikt PAMINA